



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2026
HHA

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026)**

Drucksache 21/2971

Inhalt des Antrags: Förderung der Verbraucherzentrale verstetigen - Beratung und Schutz der hessischen Verbraucherinnen und Verbraucher absichern

Einzelplan 09 Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel	09 23	Bezeichnung	Förderungen im Bereich Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Produktnr.	007	Bezeichnung	Förderung des Verbraucherschutzes

Veränderungen in Euro		2026		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	4.531.900	600.000	5.131.900
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben		4.789.900	600.000	5.389.900

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Obwohl Schwarz-Rot im Koalitionsvertrag versprochen hatte, die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Hessen (VZH) zu „dynamisieren“, sollen deren Mittel um 600.000 Euro gekürzt werden. Die VZH hatte vor dem Regierungswechsel fest damit gerechnet, dass die Mittel mindestens in der bisherigen Höhe dauerhaft zur Verfügung stehen. Deshalb wurden unbefristete Arbeitsverträge mit dringend benötigtem Personal geschlossen.

Die VZH hat in den vergangenen Jahren viel geleistet, etwa durch ihre Beratung während der Energiepreiskrise. Die niedrigschwlligen Angebote der VZH bleiben gerade für sozial schwächere Personengruppen von großer Bedeutung, auch angesichts neuer Risiken im digitalen Raum (Cyberkriminalität etc.). Deswegen sollen 600.000 Euro für die VZH mit diesem Änderungsantrag zur Verfügung gestellt werden.

Wiesbaden, 20. Januar 2026

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)